

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer wichtigen Resolution aus den Personalversammlungen des SSA Nürtingen an den VBE Baden-Württemberg. Wir möchten uns zu den Anträgen sehr gerne äußern und Sie vor allem bei der Durchsetzung dieser Anträge durch unsere politische Arbeit unterstützen!

In der Tat sind die **Belastungen im Lehrerberuf** deutlich gestiegen. Immer mehr Aufgaben werden von Politik und Gesellschaft an die Schulen und damit auch an die Lehrkräfte abgegeben. Es braucht deshalb dringend eine Berücksichtigung dieses Umstandes innerhalb der Unterrichtsverpflichtung. Wer neue Aufgaben in Schule gibt, muss auch dafür sorgen, dass Unterrichten leistbar bleibt. Gegenwärtig ist dies kaum zu erkennen.

Kerngeschäft der Lehrkräfte ist das Unterrichten! Wir sind eben nicht systemische Familienhelfer, Integrationshelferinnen, Sozialarbeiter oder Therapeutinnen. Dazu braucht es das nötige Fachpersonal direkt an Schulen verortet, damit sich Lehrkräfte auch tatsächlich auf ihren Kernauftrag konzentrieren können.

Der **Fachkräftemangel** im Bereich der Schulen ist gegenwärtig wohl die größte Herausforderung. Viel zu lange wurden Schulen mit dieser Thematik alleine gelassen. Es gab und gibt wenig professionelle Strukturen oder Unterstützung für die Schulen, die bei der Personalgewinnung im Bereich VKL unterstützen. Dies gilt auch im Bereich Qualifizierung des gewonnenen Personals. Hier braucht es dringend mehr Engagement seitens des Landes und eben nicht die bisherige Denkweise, dass man es vor Ort schon irgendwie richten wird.

Dies gilt analog ebenso für den Bereich des **Seiten- oder Quereinstiegs** in den Beruf. Bislang hat man sich hier in Stuttgart sehr wenige Gedanken darüber gemacht, ging man doch eher davon aus, dass es sich um ein temporäres Phänomen handeln würde, das keinerlei Beachtung verdient. Wir als VBE stehen sehr bewusst zur Professionalität im Lehrberuf. Unterrichten kann eben nicht jede(r) und dieser Personenkreis ist sozusagen gekommen, um zu bleiben. Deshalb ist es für uns klar, dass man diese Menschen nicht alleine lassen darf, sondern, dass es ein berufsvorbereitende, aber auch berufs begleitende Qualifizierung für diese Personengruppe braucht. Und die Betreuung diese Berufseinsteiger braucht Zeit und Engagement, die es eben nicht zum Nulltarif geben kann! Auch hier sind wir bereits in vielen Gesprächen mit dem Kultusministerium und sehr zuversichtlich, dass wir mit Ihrer Unterstützung durch Ihre Resolution etwas erreichen können.

**Wertschätzung** darf keine Worthülse bleiben. Sie misst sich sehr konkret in Taten. In der Tat scheint man Stuttgart die Bestandslehrkräfte noch nicht ausreichend in den Blick genommen zu haben. Die hohe Teilzeitquote bei Lehrkräften ist eben nicht der Ausdruck eines besonderen Lifestyles, der die Freizeit sehr stark in den Blick nimmt. Viele Kolleginnen und Kollegen geben bei unseren Befragungen zur Arbeitsplatzzufriedenheit immer wieder an, dass sie Teilzeit arbeiten, weil sie mehr nicht geleistet bekommen. Es werden also bewusst finanzielle Einbußen in Kauf genommen, damit der Beruf noch leistbar bleibt. Wer dies nicht sehen will, versteht auch nicht, warum immer mehr Lehrkräfte den Beruf verlassen. Es ist deshalb dringend notwendig, dass sich die Politik mehr um die Lehrkräfte im Land und deren Arbeitsbedingungen kümmert.

Zur Wertschätzung zählen aber auch eine angemessene und **gerechte Bezahlung** aller Lehrkräfte (auch durchgängig während der Sommerferien). Unsere Unterschriftenaktion zur einheitlichen Bezahlung nach A13 (für Grundschullehrkräfte, aber auch den Bestandslehrkräften der Laufbahn GHS), die wir gerade erst im Juli durchgeführt haben, brachte innerhalb weniger Tage eine überwältigende Unterstützung von nahezu 15.000 Unterzeichnenden innerhalb nur weniger Tage. Diese haben wir der Kultusministerin übergeben und sind sehr zuversichtlich, dass sich hier etwas in absehbarer Zeit tun wird.

Eine gerechte Bezahlung bezieht auch **tarifbeschäftigte Lehrkräfte** ein. Auch hier ist es aus unserer Sicht nicht akzeptabel, dass für diesen Personenkreis leider weniger Netto vom Brutto bleibt als für beamtete Lehrkräfte. Wir fordern deshalb schon lange eine Angleichungszulage, um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Dank unseres Musterprozesses, den wir zusammen mit dem Deutschen Beamtenbund bis nach Karlsruhe geführt haben, wurden die Eingangsämter Fachlehrkräfte endlich angehoben. Dies ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Genau wie Sie sind wir aber der Meinung, dass es hier mehr braucht, nämlich eine realistische und zeitnahe Perspektive des Aufstiegs in das sogenannte wissenschaftliche Lehramt und damit eine Perspektive nach A13 für diesen Personenkreis.

Auch im Bereich **Schulleitung** erschreckt die Zahl derer, die jährlich ihre Funktion zurückgeben. Warum dies so ist oder auch warum sich immer weniger Lehrkräfte für diese Funktion interessieren – viele Leitungsstellen müssen mehrfach ausgeschrieben oder von Schulleitungen aus der Umgebung mitgeführt werden, weil sich niemand findet – verwundert niemanden, der das stetig gestiegene Aufgabenportfolio betrachtet. Schulleitungen sind der Motor jeder Schule. Um sich auf deren Kernauftrag der Schulentwicklung konzentrieren zu können, braucht es nicht nur mehr Leitungszeit, sondern auch mehr Unterstützung im Bereich der Verwaltung. Verbindliche Verwaltungsassistenzen, Sekretariatskapazitäten oder Unterstützung durch Gebäudemanagement an Schulen wären ein erster wichtiger Schritt, um die Tätigkeit nicht nur leistbarer, sondern vor allem auch wieder attraktiv zu machen. Dazu gehört für uns auch eine Bezahlung, die der hohen Verantwortung der Schulleitungen Rechnung trägt.

Die Einbeziehung von **Beratungslehrkräften** wird immer wichtiger. Auch hier muss der gestiegene Arbeitsaufwand sich endlich in der Anrechnung dieser Tätigkeit wiederfinden. Ihr Vorschlag, diese auch an der Anzahl der zu beratenden Schulen zu orientieren, ist ein erster wichtiger Schritt, den wir sehr gerne unterstützen.

**Inklusion** ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, der sich auch die Schule nicht verschließen darf. Um Inklusion in Schulen gelingen zu lassen, genügt es aber nicht, schöne Sonntagsreden zu halten. Es braucht endlich auch Bedingungen im Bereich der schulischen Ressourcen, die dies gelingen lassen. Wir als Verband meinen damit nicht nur multiprofessionelle Teams und die durchgängige Begleitung mit Sonderpädagogen, wenn dies aufgrund des Settings angezeigt ist, sondern vor allem auch die Berücksichtigung bei der Klassenbildung innerhalb der Regelschulklasse. Inklusion ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, die eben nicht einfach so nebenher erfüllt werden kann. Sie erfordert auch auf Seiten der Regelschullehrkräfte einen erhöhten Aufwand in der Kommunikation, der Planung und Begleitung. Diesem Umstand wird gegenwärtig weder durch eine entsprechende Anrechnung, noch durch die Begrenzung der Klassengröße Rechnung getragen.

Als Verband für Ihre Interessen sind wir immer in konstantem Austausch mit dem Kultusministerium. Wir als Verband stehen auch zu allen Schularten in der Bildungslandschaft und halten alle Schularten für wichtig. Erste Erfolge unserer Arbeit können Sie in der von uns immer wieder vorgebrachten Änderung der Verbindlichkeit der **Projektarbeit** sehen. Deren Durchführung im Bereich der WRSAP und RSAP jetzt den Schulen freigestellt wurde. Auch die Weiterentwicklung im Bereich der HSAP wieder hin zu einer eher praktisch orientierten Projektarbeit erachten wir für sehr sinnvoll. Dies geht maßgeblich auf unser Engagement als VBE zurück.

Genauso wichtig ist es für uns als Verband, dass die Regelung bezüglich der **Korrekturtag**e endlich einheitlich an die Regelungen im gymnasialen Bereich angeglichen werden. Lehrkräfte können entweder korrigieren oder unterrichten, aber beides gleichzeitig geht nicht. Wir fordern deshalb ganz klar die verbindliche Verfügbarkeit von Korrekturtagen für die Erst- und auch die Zweitkorrektur, die den tatsächlichen Arbeitsaufwand für die Korrekturen Rechnung tragen muss.

Im Bereich der **Realschulen** bedarf es dringend einer konzeptionellen Verbesserung. Wir sind diesbezüglich in vielen politischen Gesprächen auch mit allen wichtigen Fraktionen des Landtages. Wir haben dort für unser Konzept für die Realschule sehr viel Zuspruch erhalten und sind deshalb sehr zuversichtlich, dass sich dort in absehbarer Zeit etwas ändern wird und die Realschulen im Land endlich wieder mehr Unterstützung für ihre wertvolle Arbeit erhalten werden. Wir haben Ihnen unser Konzept gerne an das Antwortaschreiben angefügt. Sie werden dort die viele Ihrer Forderungen bereits berücksichtigt finden.

Unsere Befragung der Lehrkräfte an **Gemeinschaftsschulen** vom April 2023 hat klar gezeigt, dass der Umgang mit einem zentralen Element der GMS, dem Coachinggespräch, landesweit sehr unterschiedliche gehandhabt wird. Dies gilt nicht nur für die Häufigkeit der Durchführung, sondern auch für Berücksichtigung innerhalb des Deputats. Für uns als Verband ist klar, dass es für den Markenkern dieser Schulart dringend eine einheitliche, verlässliche und angemessene Lösung braucht, die sich unabhängig vom Versorgungsgrad der Schule darstellen muss. Unser Verband fordert deshalb die verbindliche Verortung der Coaching-Stunden im Direktbereich der Schule. Unsere Forderung: Mindestens zwei Deputatsstunden pro zehn zu coachende Schülerinnen und Schüler. Durchzuführen sind die Gespräche in einem zeitlichen Abstand von 14 Tagen. Wir unterstützen Ihren Antrag folglich vollkommen. Es gilt die GMSen im Land endlich so auszustatten, dass diese auch ihren Auftrag erfüllen können. Auch zu dieser Schulart stehen wir als Verband und danken Ihnen für die wichtigen Impulse aus Ihrer Resolution.

Die **Haupt-/Werkrealschulen** im Land sind für uns kein Auslaufmodell, sondern im Gegenteil ein vitaler Bestandteil der Bildungslandschaft, der dringend wieder mehr Beachtung braucht. Diese misst sich nicht nur in der Bezahlung der Lehrkräfte, sondern auch in der konkreten Unterstützung ihrer Arbeit vor Ort durch mehr Personal, kleinere Lerngruppen oder multiprofessioneller Teams. Bestehende Standorte gilt es zu stärken und auch die Gründung neuer Standorte zu vereinfachen.

Viel zu oft kommen in der Betrachtung der Bildungslandschaft leider die **Grundschulen** zu kurz. Poolstunden zur Differenzierung sind längst überfällig. Keine andere Schulart hat so eine große Bandbreite in der Heterogenität der Schülerschaft und wird mit dieser gleichzeitig so alleine gelassen, wie die Grundschulen in unserem Land. Wer hier spart, spart am falschen Ende, denn genau hier wird der Grundstein für eine gelungene und gerechte Bildung gelegt. Dazu gehören auch einheitliche Qualitätsstandards für den Ganztagesbetrieb (dieser wird an den Grundschulen zunehmend wichtiger), aber vor allem eine entsprechende Ausstattung der Schulen mit genügend Lehrpersonal. Vor diesem Hintergrund betrachtet, erscheint es geradezu anachronistisch, die Ausbildungszahlen durch einen Numerus Clausus künstlich niedrig zu halten. Wer gelingende Bildungsbiografien fördern will, braucht auch das qualifizierte Lehrpersonal hierfür.

Wie Sie sehen, sind Ihre Anliegen bei uns in guten Händen. Durch Ihre wertvollen Anträge geben Sie uns wichtige Impulse und Anregungen für unsere Arbeit als Verband Bildung und Erziehung, die wir sehr gerne aufnehmen werden. Wie immer können Sie sich sicher sein: Wir bleiben für Sie dran, versprochen!

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Brand, Landesvorsitzender  
Dirk Lederle, Stellvertretender Landesvorsitzender

**Verband Bildung und Erziehung (VBE) Landesverband Baden-Württemberg**  
Landesgeschäftsstelle | Heilbronner Straße 41 | 70191 Stuttgart  
Tel.: 0711 229314-6 | Fax: -79  
Mail: [vbe@vbe-bw.de](mailto:vbe@vbe-bw.de) | Homepage: [www.vbe-bw.de](http://www.vbe-bw.de)